

Duftmarken setzen

Ein kurzer Rück- und Ausblick

Wenn an dieser Stelle ein kleiner Rückblick auf das Jahr 2008 gegeben werden soll, können wir nur schlaglichtartig einige wenige Aktivitäten der Ratsfraktion nennen. Um das Fazit vorwegzunehmen: Wir blicken auf ein arbeitsreiches aber auch erfolgreiches Jahr zurück.

Wenn wir erfolgreich sagen, wissen wir, dass wir als kleine Oppositionspartei die Bochumer Welt nicht aus den Angeln heben können. Aber dennoch haben wir in vielen Fragen unsere „Duftmarke“ hinterlassen, was Einigen mächtig gestunken haben wird.

Ein Arbeitsschwerpunkt war natürlich die „Soziale Frage“. Das kostenfreie Girokonto für ALGII-BezieherInnen wurde von uns erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Und auch der Sozialtarif für den Energiebezug oder das kostenfreie erste Kita-Jahr wurden von uns eingefordert. Leider waren dafür bei den anderen Fraktionen keine Mehrheiten zu gewinnen.

Erfreulich ist dagegen, dass auch durch unser kontinuierliches Nachfragen und stetiges Beantragen in Ausschüssen und Rat nun endlich die tatsächlichen Heizkosten von ALG-II-BezieherInnen übernommen werden. Damit haben wir auch Forderungen vom Mieterverein und Sozialberatungsstellen aufgegriffen.

Dass wir den Bau des Konzerthauses ablehnen, haben wir während des gesamten Jahres immer wieder deutlich gemacht. Hier bürdet die Mehrheit im Rat



© pixelto, gabi schoenemann

dem städtischen Haushalt einen dicken Finanzpacken auf, der uns in den nächsten 30 Jahren erheblich belasten wird. Und diese Belastung wird alle BürgerInnen treffen. Mittel für soziale oder andere kulturelle Projekte werden mit großer Sicherheit reduziert werden.

Die Situation spitzt sich noch zu, da die finanziellen Auswirkungen der Finanzkrise auf das Cross-Border-Leasing-Geschäft nicht absehbar sind. Klar ist aber schon, dass dieser Deal die Stadt in 2008 mindestens 11 Millionen Euro gekostet hat. Und das Ende der Fahnenstange ist damit noch nicht erreicht. Wir haben schon im letzten Kommu-

nalwahlkampf unsere Ablehnung zu diesem Ausverkauf von städtischem Eigentum sehr deutlich gemacht. Unser Ratsmitglied Bianca Schmolze hat be-

reits 2002 in der Initiative für ein Bürgerbegehren gegen den Cross-Border-Vertrag gekämpft. Leider werden unsere schlimmsten Befürchtungen von damals übertroffen.

Für unsere Fraktion war und ist es selbstverständlich, auch außerhalb des Parlaments aktiv zu sein. Sei es beim Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Nokia, dem Bündnis für ein Sozialticket oder bei der Anti-Nazi-Demo im Oktober letzten Jahres.

Im kommenden Jahr wird die „Soziale Frage“ natürlich wieder unser Schwerpunktthema sein. Aber auch in anderen Themenfeldern, wie z.B. Bildung und Umweltschutz finden die BürgerInnen in der LINKEN im Rat eine verlässliche Ansprechpartnerin. Und natürlich werden wir nach dem Kommunalwahlkampf mit einer gestärkten Fraktion im Rat vertreten sein. Wir werden noch stärker inhaltliche Duftmarken setzen. Duftmarken, mit denen wir an den Interessen der Mehrheit der Menschen dieser Stadt anknüpfen, denn: LINKS wirkt. *Ernst Lange*

2009

DIE LINKE im Rat wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gutes neues Jahr!

Wir verbinden dies mit der herzlichen Einladung zum Neujahrsempfang.

Er findet am Freitag, dem 23. Januar um 17 Uhr in den Nebenräumen der Christuskirche, Westring 26 b statt. Neben den Ratsmitgliedern würden sich der Kreisvorstand und unsere Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen über eine rege Teilnahme, Kritik und Anregungen sehr freuen. Herzliche Grüße



Ernst Lange

Ein wichtiges Stück der Erinnerung

DIE LINKE setzt sich seit langem dafür ein, dass sich die Deutsche Bahn zu ihrer Mitverantwortung an der Vernichtung des europäischen Judentums in der Zeit des Faschismus bekennt.



So haben wir im Januar 2007 im Rat gefordert, eine deutsche Version der in Frankreich so erfolgreichen Ausstellung „11.000 jüdische Kinder – mit der Reichsbahn in den Tod“ auch in Bochum zu zeigen. Ein einstimmiger Ratsbeschluss wurde gefasst. Die Umsetzung scheiterte jedoch an der starren Haltung der DB, die zunächst nicht bereit war, sich ihrer Verantwortung in der breiten Öffentlichkeit zu stellen. Umso erfreulicher war es dann, dass es auf Initiative des DGB und in Zusammenarbeit mit dem Kulturausschuss gelungen ist, die Ausstellung „Zug der Erinnerung“ im Januar 2008 in Bochum zu präsentieren.

Anhand von Einzelschicksalen von Kindern zeigt die Ausstellung das Leid derjenigen, die dem Rassenwahn nicht entkommen konnten. Die Ausstellung traf auf riesige Resonanz – vor allem bei SchülerInnen.

Doch zurück zur DB-Ausstellung. Regelmäßig habe ich mich als Mitglied des Kulturausschusses nach der Umsetzung des Ratsbeschlusses erkundigt, nun steht es endlich fest: Im Nov./Dez. 2009 wird die offizielle DB-Ausstellung „Sonderzüge in den Tod – Deportationen mit der Reichsbahn“ auch in Bochum gezeigt. Die Ausstellung entstand in Kooperation von DB, Zentrum Judaicum und dem Deutschen Technikmuseum und ist ein wichtiges Signal der DB zur Übernahme der historischen Verantwortung. Da kann man nur sagen: Besser spät als nie. *Jürgen Plagge-Vandelaar*

Eltern wollen die Ganztagschule

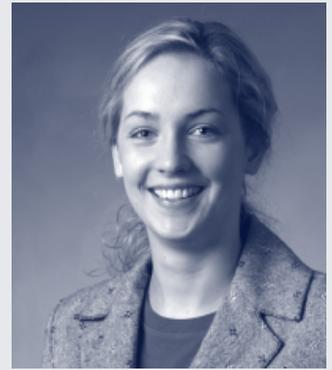
Während inzwischen fast alle Bochumer Grund-, Haupt- und Förderschulen den offenen Ganztags anbieten, sieht es vor allem bei den Gymnasien und Realschulen eher mau aus.

Erstmals wurden von der Stadt im letzten Jahr die Eltern der Dritt- und Viertklässler nach ihrem Bedarf an Betreuung an den weiterführenden Schulen befragt. Die Resonanz auf diese Befragung war erstaunlich: 4.365 von 5.904 Befragten antworteten. 48% wünschen laut dieser Befragung eine verpflichtende Ganztagschule für alle Kinder. Weitere 22% entschieden sich für einen offenen Ganztags, indem gewählt werden kann, ob das Kind den Nachmittag in der Schule verbringt. Insgesamt

sprechen sich damit gut 70% für eine Ganztagsbetreuung aus.

Um ein Ganztagsangebot anbieten zu können, müssten die meisten der Gymnasien und Realschulen allerdings aus- bzw. umgebaut werden. Es fehlen Räume für Mensen und Aufenthaltsräume für die SchülerInnen. 13 Millionen Euro würde dies für alle 13 Schulen ungefähr kosten – das Land NRW hat zugesagt, pro Schule 100.000 Euro zu übernehmen. Da die prekäre Haushaltslage der Stadt einen flächendeckenden Umbau nicht zulässt, sollen nun in 3 Paketen bis 2013 die verschiedenen Schulen in den Ganztags überführt werden.

Die Resonanz und der Bedarf zeigen aber, dass Eltern und



Kinder nicht solange warten können. Statt das wenige vorhandene Geld in einigen großen Prestigeprojekten zu verschwenden, sollte die Stadt lieber in die Bildung der Kinder investieren. Wir sind überzeugt davon, dass dies dauerhaft der richtige Weg ist. Denn die Kinder sind unsere Zukunft.

Anna-Lena Orłowski

Kostenloses Girokonto wurde abgelehnt

DIE LINKE im Rat hat im November einen neuen Vorstoß für ein kostenloses Girokonto für BezieherInnen von so genannten Transferleistungen unternommen.

Zivildienstleistenden, Auszubildenden, SchülerInnen, Studierenden und Sozialhilfe-BezieherInnen wird bereits ein gebührenfreies Konto gewährt, während ALG-II-BezieherInnen Gebühren zahlen müssen. Das wollten wir ändern. Angespornt hatte uns der Beschluss der Sparkasse, sich mit 1,5 Mio Euro an der Konzerthausfinanzierung zu beteiligen.

Angespornt hatte uns aber auch die schwierige Situation der Hartz-IV-Betroffenen. Von

351 Euro im Monat zu leben ist eine Herausforderung. Da wird mit jedem Cent gerechnet. Umso schlimmer, dass in vielen Bereichen die vorgesehenen Regelsätze viel zu niedrig sind. Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II wird eine Pauschale von 1,04 Euro im Monat für Versicherungs- und Finanzdienstleistungen zu Grunde gelegt. Die Grundgebühr und nur 3 monatliche Überweisungen belasten das Konto aber schon mit etwa 3 Euro.

Der Verzicht auf ein Girokonto ist jedoch keine Alternative, da es für die Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr unabbdingbar ist.

Aber all diese Argumente halfen nichts. Während die SPD auf Landesebene angeblich die inhaltliche Auseinandersetzung mit der LINKEN sucht, schweigt die SPD Bochum zu unseren Vorschlägen. Diese Erfahrung haben wir schon bei unseren Anträgen zum Sozialtarif für Strom und Gas und für das Sozialticket innerhalb der Bogestra machen können. Meist dürfen sich dann die Grünen an der LINKEN abarbeiten. In der Novemberratsitzung gab es allerdings eine Neuerung: Die Grünen stimmten für unseren Antrag. Ein sicheres Zeichen dafür, dass der Wahlkampf begonnen hat. Noch vor einem Jahr lehnten nämlich auch die Grünen unseren Antrag im Sozialausschuss ab.

Letztlich reichten die Stimmen von LINKEN, Grünen, UWG und SL für das kostenlose Girokonto leider nicht. *Ernst Lange*



Krank durch ThyssenKrupp

Mitte Dezember hat das Umweltministerium NRW die Ergebnisse einer Studie über den Zusammenhang zwischen erhöhten Anteilen von Chrom, Nickel und Feinstaub in der Luft und Erkrankungen vorgestellt – mit eindeutigen und erschreckenden Ergebnissen. Es wurden u.a. SchulanfängerInnen und ihre Mütter in Bochum-Stahlhausen im Einzugsbereich von ThyssenKrupp Nirosta befragt und untersucht.

Die Studie belegt, dass die hohe Nickel- und Chrombelastung der Luft im Urin der untersuchten Kinder und Mütter nachgewiesen werden kann. Das Allergierisiko von Kindern ist erhöht. Zudem verschlechtert sich die Lungenfunktion der Kinder und sowohl bei Müttern und Kindern steigt die Gefahr, Asthma und andere Atemwegserkrankungen zu bekommen.

So hatten 21,5 % der untersuchten Bochumer Kinder und 29,7 % der Mütter eine erhöhte Nickelkonzentration im Urin. Zu den Wirkungen von Nickel gehören Allergien, Entzündungen



der oberen und unteren Atemwege und allergisches Asthma. Der hohe Nickelgehalt in der Luft führte bei Kindern zu Bronchitis, Nasennebenhöhlenent-

zündungen, Pseudokrupp und Husten beim Aufstehen.

Bei Chrom gab es bei 11 % der Kinder und bei 5 % der Mütter erhöhte Konzentrationen. Diese Chromkonzentration führte bei Kindern zu ganzjährig allergischen Dauerschnupfen. Auch bei den Asthmasymptomen der Kinder wurde ein Einfluss der Nickel- und Chrombelastung nach-

gewiesen. Bei den Müttern zeigten sich eindeutige Zusammenhänge zwischen Nickel-, Chrom und Feinstaubbelastung und dem Auftreten von Bronchialasthma.

Elite in Uniform

Erste gewinnorientierte Schule in Bochum öffnet die Türen

Nach dem Willen des Rates wird die Internationale Schule zum neuen Schuljahr ihren Betrieb aufnehmen. DIE LINKE hat gegen diese Pläne gestimmt. Warum?

Was sich zunächst vielleicht als für die Stadt interessant präsentiert, stellt sich für uns in erster Linie als eine Fortführung des allgemeinen Trends dar, private und gewinnorientierte Schulen einzurichten als Alternative zu den unzureichend geförderten öffentlichen Bildungseinrichtungen. Doch anstatt die öffentlichen Einrichtungen in unserer Stadt zu stärken, plant die Stadt Bochum nun eine private Schule

in Form einer GmbH indirekt zu subventionieren.

Wer sich diese Eliteschule leisten kann, wird man an den Schuluniformen erkennen. Es werden nur Wenige sein. Die Aufnahmegebühr soll ca. 3000 Euro, die monatliche Schulgebühr ca. 700 Euro betragen.

Zwar hat sich die Schule dazu bereit erklärt, 25% der Schulplätze der Jahrgänge 1 – 4 über Stipendien vergeben zu wollen. Dieser Anteil vermindert sich jedoch angesichts der Regelung, dass die Schule das Stipendienvolumen auch auf die Stufen 1 – 12 ausdehnen kann. Darüber hinaus ist nicht klar, nach welchen Kriterien die Stipendien vergeben werden sol-



len. Es müssen nicht unbedingt soziale sein.

Doch damit nicht genug. Obwohl es für die Sanierung öffentlicher Schulen an allen Ecken und Kanten fehlt, wird diese Schule sogar von der Stadt Bochum in der Gestalt verminderter Mietkosten subventioniert. Um welche Summen es sich handelt, dürfen wir leider nicht veröffentlichen. Wir werden überprüfen lassen, ob diese Subventionierung nach EU-Recht überhaupt zulässig ist.

Bianca Schmolze

Die erhöhten Chrom- und Nickelimmissionen werden in Stahlhausen schon lange gemessen. Deshalb hatten sich der Umwelt- und der Wirtschaftsausschuss bereits 2005 mit den Belastungen durch das ThyssenKrupp-Stahlwerk an der Essener Straße beschäftigt. In der damaligen Sitzung hatte der Umweltbeauftragte von Thyssen-Krupp Nirosta GmbH noch jegliche Gesundheitsgefährdung bestritten. Jetzt steht fest, dass die Immissionen von Thyssen-Krupp Nirosta die Menschen in Stahlhausen krank machen. ThyssenKrupp ist gefordert, dafür zu sorgen, dass die Immissionen von Chrom und Nickel sofort drastisch reduziert werden. *Uwe Vorberg*

Wir sind für Sie da

Immer montags bietet unsere BürgerInnensprechstunde von 16.30 – 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Rats- und Ausschussmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1 – 3, persönlich und telefonisch unter 910-1295 zur Verfügung.

5.1. Jürgen Plagge-Vandelaar, Mitglied der Bezirksvertretung Mitte

12.1. Bianca Schmolze, Mitglied des Rates, des Migrationsausschusses und des Agenda-Beirates

19.1. Hella Eberhardt, Mitglied des Frauenbeirates

26.1. Uwe Vorberg, Mitglied des Rates und im Ausschuss Arbeit, Wirtschaft, Grundstücke

2.2. Ernst Lange, Mitglied des Rates, des Sozial-/Gesundheitsausschusses und des Jugendhilfeausschusses

9.2. Anna-Lena Orlowski, Mitglied des Schulausschusses

16.2. Ernst Lange, Mitglied des Rates, des Sozial-/Gesundheitsausschusses und des Jugendhilfeausschusses

Vorfahrt für Gesundheitsschutz

Der bereits begonnene Ausbau der A 40 hat nicht nur jetzt unmittelbare negative Auswirkungen für die AnwohnerInnen.

Mit dem erheblich zunehmenden Verkehrsaufkommen wird auch die Schadstoffbelastung mit Feinstaub und Stickstoffdioxid steigen. Deshalb stellte

DIE LINKE den Antrag zur Errichtung einer Messstelle an der A 40. Damit wollten wir den Betroffenen ein Instrument zur Durchsetzung der EU-Grenzwerte an die Hand geben. Der Antrag wurde leider mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und CDU abgelehnt.

Viel besser als eine Messstelle wäre es allerdings, wenn der weitere Ausbau noch gestoppt werden könnte. Das versucht weiterhin u. a. die Bürgerinitiative gegen die DüBoDo auf dem Rechtsweg. Am 21. Januar findet beim OVG Münster die mündliche Verhandlung statt. Wir wünschen viel Erfolg!

Die Bürgerinitiative braucht für den Klageweg noch dringend weitere Spenden, für die wir hier werben möchten:

Bürgerinitiative
Bochum gegen die DüBoDo
Kto.-Nr. 27 25 32 00
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank Bochum eG
Verwendungszweck: „Klagen“

Bürgerinitiative
Bochum gegen die DüBoDo
Kto.-Nr. 27 25 32 00
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank Bochum eG
Verwendungszweck: „Klagen“



An die Oberbürgermeisterin
der Stadt Bochum
Frau Dr. Ottilie Scholz

DIE LINKE.

im Rat der Stadt Bochum

Altes Postgebäude
Willy-Brandt-Platz 1-3
44777 Bochum

Telefon: (0234) 910 - 1295 / -1296
Fax: (0234) 910 - 1297
email: linksfraktion@bochum.de
www.linksfraktion-bochum.de

Bochum, den 4.12.2008

Antrag

zur Sitzung des Rates am 18.12.2008

Schadstoffmessstelle an der A 40

Der Rat möge folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass zum schnellstmöglichen Zeitpunkt eine Schadstoffmessstelle zur kontinuierlichen Erfassung von Messwerten an der A 40 installiert wird. Als Standort kommt der Bereich der oberen Wibbeltstraße (alternativ dazu die südliche Walzwerkstraße oder der Bereich Überführung Berlinerstraße) in Betracht. Die Messstelle soll sowohl PM10- (Feinstaub) als auch NO2- (Stickstoffdioxid) Werte erfassen können. Da es wohl nicht möglich ist, über das Landesumweltamt eine Messstelle zu beschaffen, kann diese z.B. beim TÜV Rheinland gemietet werden. Die dafür anfallenden Kosten von rund 50.000 Euro pro Jahr sollen ab 2009 im Haushalt ausgewiesen werden.

Begründung:

Mit dem bereits begonnen Ausbau der A 40 wird der Verkehr um deutlich mehr als 30.000 Kraftfahrzeuge pro Tag zunehmen. Dies wird mit Sicherheit nicht nur zu einer erheblichen Einschränkung der Lebensqualität der AnwohnerInnen führen, sondern stellt auch ein sehr hohes gesundheitliches Risiko dar. Lärm- und Schadstoffimmissionen werden steigen. Von daher ist zumindest eine kontinuierliche Messung von Feinstaub und Stickstoffdioxid notwendig, um bei etwaigen Grenzwertüberschreitungen sofortige Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Auch vor dem Hintergrund neuer EU-Richtwerte ab 2010 ist eine genaue Erfassung der Belastungswerte notwendig. Eine theoretische Berechnung dieser Werte auf Grundlage der Erfassung des Verkehrsaufkommens ist zu ungenau und ist vor dem Hintergrund der gesundheitlichen Gefährdung der AnwohnerInnen keine ausreichende Alternative.

Für die Fraktion

Uwe Vorberg

IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum

Ernst Lange (V.i.S.d.P.)

Altes Postgebäude

Willy-Brandt-Platz 1 - 3

44777 Bochum

Tel.: 0234 - 910-1295 /-1296

Fax: 0234 - 910-1297

linksfraktion@bochum.de

www.linksfraktion-bochum.de

Fotos: pixelio (S. 1 - 4)

Linksfraktion Archiv (S. 1, 2)

LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse:

@